

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meichen.

Postfachkonto: Dresden 1830
Groschasse Riesa Nr. 32.

Nr. 37.

Freitag, 13. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Zeilen 1. Klasse 100 Pfennig, 2. Klasse 80 Pfennig, 3. Klasse 60 Pfennig, 4. Klasse 40 Pfennig, 5. Klasse 20 Pfennig. Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigen sind gegen eine Anzahlung von 50% zu begeben. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung unseres gestrigen Berichts.)

Abd. Berlin, 12. Februar 1925.

Die zweite Lesung des Haushaltsplans wird dann beim Reichsarbeitsministerium

fortgesetzt.

Abd. Doh (Soz.) bedauert, daß die Regierung es nicht für zweckmäßig halte, auf die vielen Anfragen zur Förderung zu antworten.

Auf Einzelbeschwerden der Abg. Frau Teusch (Str.) und Schröder (Bauv. B.P.) entgegnet Ministerialrat Reichenhainer, daß die in einzelnen Fällen vorliegenden Härten beseitigt werden sollen.

Ministerialrat Mitter bedauert, daß infolge des Verhaltens der Länder in der Unterstützungsfrage einheitliche Grundätze noch nicht erzielt seien.

Ein Antrag Doh (Soz.), die Unterstützungen an invalide ehemalige Angehörige und Arbeiter früherer Oererebe triebe um 2 1/2 Millionen Mark zu erhöhen, wird angenommen.

Die Erörterung wendet sich dann dem

Reichsversicherungsamt

Abg. Dr. Woske (Soz.) erklärt, Gesundheitspolitik sei die Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik. Das Arbeitsministerium müsse sich besonders die Verhütung aller Gefahren angelegen sein lassen, die der menschlichen Arbeitskraft drohen. Ohne eine gesunde Arbeiterkraft gebe es auch keine Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland. Der Redner fordert leistungsfähige Krankenkassen mit erweiterter Selbstverwaltung. Der Kampf gegen die Volksseuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten müsse auch von der Sozialversicherung energisch betrieben werden.

Abg. Dr. Dudenkamp (Dnat.) nimmt die Ärzteschaft gegen Vorwürfe in Schutz. Die freie Arztwahl sei gerade im Interesse der Versicherten notwendig. Der Redner wendet sich gegen die von den Krankenkassen eingerichteten Ambulatorien und kündigt einen Antrag an, um auch eine öffentliche rechtliche Körperschaft der Ärzte zu schaffen. Der Redner bemängelt, daß Mitglieder des Verbandes der Ortskrankenkassen in eigenen vornehmen Auto des Verbandes herumfahren. (Unruhe links.)

Abg. Frau Krensch (Komm.) fordert Ausdehnung der Wochenhilfe.

Vor der Abstimmung über einige Erhöhungsanträge beantragt ein nationalsozialistischer Abgeordneter die Beschäftigung des Hauses. Dieses fällt sich aber rasch, als die Glockenzeichen gegeben werden, so daß Vizepräsident Dr. Meiser bald feststellen kann, daß das Haus beschlußfähig ist. Die Antragsanträge werden angenommen.

Beim Kapitel Reichsarbeitsverwaltung fordert Abg. Siebel (Soz.) Vereinfachung der Verwaltung. Der Redner beschließt sich mit der Frage auf dem Arbeitsmarkt und verlangt, daß alle Arbeitgeber verpflichtet werden, offene Stellen bei den Arbeitsnachweiser zu melden.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Außerhalb der Tagesordnung gab Abg. Sölkemann (Soz.) eine Erklärung ab gegen die Angriffe, die von Zeitungen der Rechtsparteien und der Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des zweiten Kabinetts Stresemann aus Anlaß der

Muhrentschädigungen

gerichtet worden sind. Es sei ihnen Dankschuld, Verleumdung und Schwindel vorgeworfen worden. Die „Dreuzzeitung“ habe die früheren sozialdemokratischen Reichsminister als Vagabunden bezeichnet. Wegen einer Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“, die es als unanständig bezeichnet hat, daß die Sozialdemokratie solange geschwiegen habe, erklärt der Abgeordnete, daß die Reichsregierung und die Industrie bis vor kurzem den Eindruck erweckt habe, als würden die Kommunisten nicht vom Reich, sondern von den beteiligten Industriellen getragen.

Präsident Voche stellt fest, daß diese Erklärungen jetzt allmählich ins Merkwürdige gehen, und daß daher der Reichstag am Freitag sich mit dieser Frage beschäftigen wird. (Veh. Beifall.)

Abg. Söder (Komm.) erhebt Einspruch gegen diesen Monolog Sölkemanns. Es handele sich hier um Behauptungen, denen andere gegenüberstehen.

Präsident Voche gibt der Diskussion Ausdruck, daß die Zeit dieser Monologe bald vorüber sein werde. (Weitere Zustimmung.)

Angenommen wird noch ein Antrag Limberg (Soz.), wonach der händigen preussischen Sicherheitskommission und dem Betriebsrat der Zeche „Minister Stein“ vier Reichstagsabgeordnete für die Untersuchung beigegeben werden sollen.

Als bei der Geschäftsordnungsdebatte Abg. Binnefeld (D.P.) das Wort nimmt, wird er von den Kommunisten mit höflichen Worten empfangen. Abg. Thälmann (Komm.) nennt ihn einen „verfluchten Kerl“ und wird dafür zur Ordnung gerufen. Abg. Binnefeld erklärt, es sei eine tiefe seelische Depression für ihn, daß er in dieser Weise beschimpft werde. Als die anderen Kommunisten sich den Worten Thälmanns zu eigen machen, werden diese ebenfalls zur Ordnung gerufen. Thälmann erhält einen zweiten Ordnungsruf.

Schluß 3 1/2 Uhr.
Das Haus vertagt sich.
Freitag 2 Uhr: Arbeitsministerium.

Das Grubenunglück bei Dortmund.

121 Tote geborgen.

(Dortmund. Nach einer Mitteilung der Zecheverwaltung „Minister Stein“ sind 119 Tote geborgen. Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig. Schätzungswerte werden noch 12 bis 14 Bergleute vermißt.)

Der Reichszentralrat in Dortmund.

(Dortmund. Reichszentralrat Dr. Luther ist hier eingetroffen und hat sich sofort zur Unglücksstätte begeben. Der Reichszentralrat weilt um 1 1/2 Uhr auf der Unglücksstätte und hatte auch eine Unterredung mit dem Betriebsrat. Eine beabsichtigte Einfahrt hat nicht stattgefunden.)

(Dortmund. Zu dem Besuch des Reichszentralrats Dr. Luther auf Zeche „Minister Stein“ wird noch berichtet: Der Reichszentralrat, der aus seiner langjährigen Tätigkeit in Essen mit dem Bergbau vertraut ist, ließ sich insbesondere über die Bergbauarbeiten und den Stand der Sicherungsmethoden Bericht erstatten. Als dann drückte der Reichszentralrat dem Betriebsrat seine Anteilnahme aus und bat sie den Hinterbliebenen sein herzlichstes Beileid zu übermitteln. Er dankte der Zeche für den anwesenden Knappen und zahlreichen Rettungsmannschaften, die zum Teil gerade von der gefährlichen Bergbauarbeit zurückgekehrt waren, auf das wärmste für ihre weitere Hilfsbereitschaft und brachte zum Ausdruck, wie hoch er den kameradschaftlichen Sinn des Bergmanns schätze, der sich gerade in der gemeinsamen Not am härtesten bewähre.

Reichszentralrat Dr. Luther ist in der Nacht wieder abgereist.

Hilfsaktion für die Hinterbliebenen.

Berlin. Die furchtbare Schlagwetter-Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ hat im ganzen Reich eine Stimmung der tiefsten Trauer hervorgerufen. Wie wir erfahren, haben die zahlreichen Regierungsstellen im Reich und in Preußen sofort entsprechende Maßnahmen eingeleitet, um für die Hinterbliebenen der unglücklichen Opfer eine Unterstützungskasse in Gang zu bringen. Das Reichsarbeitsministerium hat sofort Vertreter nach der Unglücksstätte entsandt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Mitglieder der Reichsregierung sich ebenfalls nach dem Schluß der Katastrophe begeben werden. Reichszentralrat Dr. Luther, der sofort von Karlsruhe aus nach der Unglücksstätte abgereist ist, gedenkt sich alsbald mit den Hinterbliebenen der Verunglückten in Verbindung zu setzen.

Beileid des Reichspräsidenten.

(Berlin. Der Reichspräsident hat aus Anlaß des großen Grubenunglücks bei Dortmund an den Ober-Bergbauhaupteinmann in Dortmund folgendes Beileidotelegramm geschickt:

„Die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ hat mich tief erschüttert. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der an ihrer Arbeitsstätte getöteten Bergleute die Versicherung meiner herzlichsten Anteilnahme anzuschreiben und auch der Direktion des gemeinsamen Bergbauvereins sowie den Bergarbeiterverbänden mein Beileid zu übermitteln. Als Beitrag zur Verbesserung von Notständen in den betroffenen Bergarbeiterfamilien habe ich Ihnen aus meinem Dispositionsfonds den Betrag von 50000 Mark überwiesen.“

Die Ursache noch nicht festgestellt.

(Dortmund. Die Explosion entstand im Südostfeld des Schachtes 3 und hat zwei Banarbeitern in Mitleidenhaft gezogen. Explosionsort und Explosionsursache konnten noch nicht festgestellt werden, da die Bauten wegen der vorhandenen zahlreichen Brüche noch nicht befreit werden können. Die Gerüchte über die Explosionsursache, die in Umlauf sind, entbehren der Begründung. Zur Zeit kann nur gesagt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat. Die Aufräumungsarbeiten sind im Gange. Eine weitere Gefahr für Menschenleben besteht nicht. Der Schutz der durch die Explosion betroffenen Bauten gegen eine Verhaubung war beabsichtigt, aber nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebene Berleisungseinrichtung war verschwendet.

(Dortmund. (Funkfunk.) Wie von der Verwaltung der Zeche „Minister Stein“ mitgeteilt wird, hielt heute die Untersuchungskommission eine Vorbesprechung über die Explosionsursache ab. Die Bergbauarbeiten gestalten sich durch die zu Bruch gegangenen Strecken weiterhin schwierig. Bis heute früh 10 Uhr waren 121 Tote geborgen.

Waffenverhaftungen in Düsseldorf.

(Berlin. Vor einigen Tagen hat die französische Befehlshaberbehörde in Düsseldorf mit umfangreichen Verhaftungen begonnen. In eingeweihten Kreisen spricht man von 75 Mann, die bisher festgehalten wurden. Es soll sich fast durchweg um Mitglieder des „Wiking-Bundes“ und um Nationalsozialisten handeln.

Ludendorff, v. Graefe und Straffer.

(München. General Ludendorff gibt eine Erklärung ab, daß er zusammen mit v. Graefe und Straffer die Reichswehr der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands niederlege.

Neue Wendung in der preussischen Regierungsfrage.

Berlin, 13. Februar. Der Versuch des preussischen Ministerpräsidenten Marx, eine Regierung der Volksgemeinschaft in Preußen zu bilden, kann schon jetzt als gescheitert angesehen werden, da die Sozialdemokratie dies nicht mitmachen will. Man rechnet jedoch damit, daß sich eine neue Wendung der ganzen Lage eintritt, nachdem sich herausgestellt hat, daß auf der bisherigen Grundlage an eine Lösung der preussischen Regierungsfrage überhaupt nicht zu denken ist. Wie wir von befreundeter parlamentarischer Seite erfahren, werden die Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Marx und den Rechtsparteien wahrscheinlich dazu führen, daß Marx im Landtag sein Mandat zurückgibt. Wenn sich aber das Zentrum dazu entschließen würde, mit den Rechtsparteien zusammenzutreten und eine ähnliche Lösung der Regierungsfrage aufzubringen wie die im Reich, so könnte eine Wiederwahl Dr. Marx' mit den Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums sowie der kleineren bürgerlichen Gruppen erfolgen. Nach dieser Richtung hin sind jedenfalls gegenwärtig noch ganz unverbindliche Verhandlungen im Gange, die erst dann zu einem Ergebnis führen werden, wenn sich die jetzt stattfindenden offiziellen Verhandlungen endgültig erledigen haben.

Berlin. (Funkfunk.) Der Vorstand der deutschen nationalen Landtagsfraktion trat am Donnerstag abends 8 Uhr im preussischen Landtag zur Besprechung der politischen Lage zusammen, um insbesondere sich über die Stellung der Fraktion zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Marx über die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft schlüssig zu werden. Die Beratungen waren streng vertraulich.

Wilderungsmaßnahmen im beletzten Gebiet.

(Koblenz. Die Alliierte Rheinlandkommission macht folgendes bekannt:

Die Alliierte Rheinlandkommission hat die Revision ihrer Verordnungen in gleichem Sinne der Weisheit und der Berechtigung wie bisher fortgesetzt und werden eine neue Reihe von Verordnungen veröffentlichen, die am 16. Februar in Kraft treten und eine Wilderung gewisser Vorschriften herbeiführen sollen, soweit sich dies mit der Sicherheit der Armee vereinbaren läßt. Die neuen Verordnungen betreffen sich insbesondere mit folgenden Gegenständen: 1. Verordnung Nr. 292, worin gewisse Regeln zur Anwendung der Verordnung über den persönlichen Schutz niedergelegt sind. Für die Folge werden die deutschen Behörden aufgefordert, in Fällen der Anwendung dieser Verordnung gemeinsam mit den Alliierten die Möglichkeit zu prüfen, zu einer freundschaftlichen Lösung zu kommen. 2. Verordnung Nr. 293 hebt die Verordnungen Nr. 156, 186, 193 und 260 auf und schafft gewisse Zulassbestimmungen über den persönlichen Schutz. Die aufgehobenen Verordnungen waren zur Zeit des passiven Widerstandes erlassen worden. 3. Verordnung Nr. 294 hebt die Verordnungen Nr. 97, 158 und 248 auf und mildert gewisse Vorschriften der Weisheit betreffend. Es sind besondere Maßnahmen vorgesehen zur Ermöglichung einer freundschaftlichen Verständigung vor dem Erlaß des Verbotes der die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdenden Zeitungen, bei denen eine vorübergehende Verwarnung der Schriftleitung vorgezogen ist. 4. Verordnung 295 beseitigt die Verordnung Nr. 245 und 257 und ändert gewisse Bestimmungen betreffend das Vereinswesen und die Unterrichtsanstalten. Diese Verordnung verfolgt insbesondere den Zweck, die frühere Regelung genauer zu umschreiben und die Strafbestimmungen zu mildern. 5. Verordnung 296, betreffend das Strafrecht der Besätze gegen Verordnungen der Kommission. Sie ermächtigt in allgemeiner Weise die Höchst- bzw. Befehlshaber. 6. Verordnung 297, betreffend den Strafrechtschutz und die Verjährung. Sie schafft als Gnadenmaßnahme den Strafrechtschutz zu Gunsten der erstmalig Verurteilten und befreit außerdem die Verjährungsfrist. 7. Verordnung Nr. 298 mildert die Vorschriften auf Sicherstellung der Bezahlung der von den alliierten Behörden verhängten Geldstrafen. Die Bezahlung kann sich nicht auf Immobilien noch auf die für die Verurteilten unentbehrlichen Gegenstände erstrecken.

Die Kommission rechnet damit, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete diese weitberigigen Maßnahmen durch ihre Haltung anerkennen, daß sie sich allen widersetzen werden, was geeignet ist, die guten Beziehungen zu den Besatzungstruppen zu stören und daß sie hierdurch auch ihrerseits dazu beitragen werden, eine Atmosphäre des Friedens und der Beugung im Lande zu schaffen.

Feuerungsdemonstrationen in Prag.

(Prag. Nach einer am Dienstag abend von den Kommunisten einberufenen Versammlung kam es auf den Straßen in Prag zu lebhaften Demonstrationen gegen die Feuerung. Als sich die aufgebogene Menge zum Wäldchen ansetzte, griff die Polizei ein. Aus der Menge wurden Ziegelsteine auf die Beamten geschleudert und schließlich fiel ein Revolverkugeln, worauf der Polizeioffizier den Befehl gab, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Etwa 5 Minuten hielt das Feuergefecht an, bei dem 8 Zivilisten und 38 Polizisten verletzt wurden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Am Mittwoch wiederholten sich die Unruhen. Die Polizei konnte mit Gummiknüppeln die Ordnung wiederherstellen. Eine Anzahl von Demonstranten erlitt Verwundungen und zwölf wurden verhaftet.